

Die Salzburger Gemeinde



Informationen aus dem Salzburger Gemeindeverband



*Wir wünschen
besinnliche Weihnachten
und ein erfolgreiches
neues Jahr 2022!*

Helmut Mödlhammer
Ad multos annos!

Neue Förderrichtlinien
Abfallwirtschaft

Spezialseminare für
Bürgermeister/innen

GemeindePortal
Salzburg



Salzburger
Gemeindeverband



Blickwinkel



Unsere Blickrichtung entscheidet

Das Erfolgsgeheimnis vieler unserer alpinen Spitzensportler/innen ist das Bewusstsein, dass sich der Ausgang des Rennens nicht im Hang, sondern im Starthaus entscheidet. Nur dann, wenn ich mich in den Sekunden vor dem Start maximal nicht nur auf das Gelände und den Lauf fokussiere, der vor mir liegt, sondern das Ziel, an die Spitze zu fahren, im Mittelpunkt steht, habe ich die Chance zu gewinnen. Zurückblicken, was bisher bei den letzten Rennen oder Trainings schiefgelaufen ist, in Gedanken nicht nach vorn, sondern auf die Seite zu blicken, was die anderen gerade richtig oder falsch machen, ist der sicherste Weg, um auf den hintersten Plätzen zu landen.

Wir befinden uns nicht in einem Skirennen, sondern in der schwierigsten Phase der Pandemie seit deren Ausbruch. Dennoch habe ich diese Einleitung bewusst gewählt: Der Hang vor uns ist der steilste, die Rahmenbedingungen sind extrem und herausfordernd wie noch nie. Unsere Gesellschaft ist gespalten, spürbar radikalisiert und entsolidarisiert. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sinkt Woche für Woche, die öffentliche Verwaltung ist ebenso wie unser Gesundheitssystem in zentralen Aufgabenbereichen schwer angeschlagen und überfordert, der Nährboden für diejenigen, die jene Grundwerte, auf denen unsere Zweite Republik aufbaut, infrage stellen, gefährlich offen. Das alles wissen wir, es belastet und sorgt uns.

Dennoch liegt es an uns, wohin wir unseren Blick richten. Schauen wir Richtung Ziel: Eine Gesellschaft, die das Virus besiegt hat und nach den bitteren Jahren der Pandemie stärker, solidarischer und resilienter geworden ist. Alles andere ist den Einsatz nicht wert.

Bgm. Günther Mitterer
Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes

Inhalt



Salzburger
Gemeindeverband



GemeindePortal SBG nimmt Fahrt auf.....	4
Salzburger Abfallwirtschaft.....	5
Bürgermeister/innen als Behördenleiter/innen.....	8
Soziale Wohlfahrt: Kostenbeiträge der Gemeinden übersteigen 2022 die 150-Mill.-Euro-Grenze.....	10
Erhöhung Tarifobergrenzen Seniorenheime.....	16

ÖSTERREICH

Gesetzliche Verankerung der Sommerschule.....	16
Erstmals 200 Frauen an der Spitze der österreichischen Gemeinden.....	17
Gemeindebund-Präsident Riedl beim Städtetag: „Die Stadt braucht das Land und das Land braucht die Stadt“	18

EUROPA

EUREGIO-News.....	19
-------------------	----

SERVICE

Buchtipps: Besonderes Verwaltungsrecht.....	23
--	----

Impressum

DIE SALZBURGER GEMEINDE

Ausgabe: 4/Dezember 2021
Redaktion: Direktor Dr. Martin Huber | Mag. Sophie Weilharter
Mag. Alexandra Mitterwurzer
Medieninhaber und Herausgeber: Salzburger Gemeindeverband
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg
Anzeigenverwaltung & Layout: kmh communications
Aigner Straße 35 a | 5020 Salzburg | office@kmh.co.at | www.kmh.co.at
Druck: Offset 5020 | Bayernstr. 27 | 5071 Wals-Siezenheim
Erscheinungsort: Salzburg | Verlagspostamt 5020 Salzburg, P.b.b.
Titelbild: © Adobe Stock
Irrtümer und Druckfehler vorbehalten

Prof. Helmut Mödlhammer – Felix dies natalis!



ZVG Österreichischer Gemeindebund

Eine der prägendsten kommunalpolitischen Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte hat am 26. November 2021 ihren 70. Geburtstag gefeiert. Prof. Helmut Mödlhammer war nicht nur 18 Jahre Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, sondern führte auch den Salzburger Gemeindeverband als die kommunale Interessenvertretung im Bundesland Salzburg in den Jahren 1992 bis 2014.

Helmut Mödlhammer wurde am 26.11.1951 in Salzburg geboren, nach der Ausbildung zum Milizoffizier begann er 1972 als Redakteur bei der „Salzburger Volkszeitung“ (SVZ). Die Aufgabe eines Journalisten begeisterte ihn von Beginn seiner Berufslaufbahn an und tut es bis heute. Im selben Jahr trat er als Gründungsmitglied und erster Obmann in die JVP Koppl ein, der Beginn einer ebenso außergewöhnlichen wie erfolgreichen politischen Laufbahn. 1986, nur zwei Jahre nach seinem Eintritt in den Gemeinderat von Hallwang, wurde er zum Bürgermeister gewählt, diese Aufgabe übte er bis 2014 aus. Trotz der großen Herausforderungen, vor der die Gemeinde auf den „hellen Hügeln“ gerade in diesen Jahren stand, gelang es ihm, die Identität seiner Heimatgemeinde zu wahren und diese gleichzeitig sozial, kulturell, wirtschaftlich und infrastrukturell zu einer Mustergemeinde zu entwickeln. Sein Netzwerk, seine Talente und seine Leidenschaft für die örtlichen Gemeinschaften setzte er 22 Jahre auch als Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes ein. Dank seiner Zielstrebigkeit und der großen Wertschätzung, die

Mödlhammer über alle Parteigrenzen hinweg genoss, konnten in diesen Jahren große und bleibende Meilensteine für die Salzburger Gemeinden gesetzt werden. 1999 bis 2017 übte er mit großem Einsatz, Verantwortungsbewusstsein und einer klaren Sprache das Amt des Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes aus. Seine außergewöhnliche Auffassungsgabe, sein großes Fachwissen und seine langjährige Erfahrung machten ihn zum erfolgreichsten kommunalen Finanzausgleichsverhandler der Nachkriegszeit. Den Österreichischen Gemeindebund entwickelte er zu einer modernen, dienstleistungsorientierten und politisch gewichtigen Interessenvertretung, der er immer noch mit viel Herz verbunden ist. In seinem Buch „Mein Lebensweg für die Gemeinden“ wird sichtbar und verständlich, warum er unermüdlich so viele Jahre für die kleinen und überschaubaren Einheiten gekämpft hat. Helmut Mödlhammer, der Träger der höchsten Auszeichnungen seiner Gemeinde, des Landes Salzburg und der Republik ist, wurde 2016 vom Bundespräsidenten der Berufstitel „Professor“ verliehen.

Seinen Erfolg hat er seiner Aufrichtigkeit, seinem G'spür für das, was die Menschen bewegt, seinem legendären Verhandlungsgeschick und seinem enormen Fleiß zu verdanken. Seine Kraft schöpft er aus seiner Familie und seinen Freunden, seinem Glauben, seinem Garten und den Salzburger Bergen. Auch mit 70 sind seine Energie und sein Talent, mit Wort und Schrift die Menschen zu berühren und zu begeistern, ungebrochen. **Ad multos annos, lieber Helmut!**

GemeindePortal SBG nimmt Fahrt auf

Gemeinsam mit der Salzburger Landesregierung und Kommunalnet ist es dem Salzburger Gemeindeverband gelungen, ein neues digitales Werkzeug für die Gemeinden zu schaffen: „GemeindePortal SBG“.

Salzburgs Gemeindemitarbeiter/innen finden dort seit August 2021 neben aktuellen Informationsschreiben und Erlässen auch Mustervorlagen und FAQs – übersichtlich gegliedert nach Verwaltungsgebieten.

Das GemeindePortal SBG ist nach vielen Monaten der Planung und Vorbereitung jetzt seit drei Monaten auf kommunalnet.at online und wächst Woche für Woche.

Es soll den Gemeindeorganen und Mitarbeiter/innen in der Kommunalverwaltung die Arbeit erleichtern und Informationen einfach und schnell zugänglich machen. Herzstück des GemeindePortals ist der Servicebereich, welcher nach Verwaltungsgebie-

ten gegliedert ist. In jedem Verwaltungsgebiet finden die User verschiedenste Informationen wie aktuelle Erlässe oder Mustervorlagen. Darüber hinaus werden alle Rundschreiben an die Salzburger Gemeinden in einer eigenen Rubrik archiviert.

Der Servicebereich – das Herzstück des GemeindePortals SBG

Das Team des Salzburger Gemeindeverbands aktualisiert laufend das GemeindePortal und befüllt es mit den neuesten Rundschreiben und relevanten Vorlagen, Erlässen, FAQs und sonstigen Informationen. Ein Mal pro Monat erhalten die Salzburger Gemeinden über alle in diesem Monat bereitgestellten Inhalte eine aktive Information.

Das GemeindePortal steht allen Kommunalnet-Usern aus den Salzburger Gemeinden zur Verfügung. Es befindet sich auf der Werkzeugseite bei den „Kommunalnet Werkzeugen“.

Kommunalnet

NEWS MARKTPLATZ WERKZEUGE SERVICES KN-TV

GemeindePortal Salzburg
Ein Service des Landes Salzburg und des Salzburger Gemeindeverbands

zurück zur Hauptseite

Suche (Suchwörter durch Beistrich trennen) **Suchen**

ALLGEMEIN

Rundschreiben 2021

SERVICEBEREICH

Covid-19
Schule
Elementarpädagogik
Seniorenheim/Pflege
Sonstiges

Gemeinderecht und
Verwaltungsorganisation
Dienstrecht

Schule

Erlässe und Informationsschreiben Mustervorlagen FAQ's

Bezeichnung	Upload-Datum	Downloads
Schulstart_Faßmann_6.8.21_.pdf	17.08.2021	
Stoß-und_Querlöffel_30.07.21.zip	17.08.2021	
Außerkrafttreten_Befreiungsbest_COV-19_05.07.2021_.pdf	17.08.2021	
Schulschreiben_15.06.pdf	05.07.2021	
Novelle-C-SchVO_BGBLA_2021_II_261_15.06.21.pdf	05.07.2021	

1

Bild: Kommunalnet

Salzburger Abfallwirtschaft:

Neue Förderrichtlinien und Leitlinien für Gemeinden und Gemeindeverbände



Bild: Adobe Stock

Im Spätherbst wurden zwei für die Gemeinden und Abfallwirtschaftsverbände besonders relevante Dokumente veröffentlicht: Zum einen die Förderrichtlinie für abfallwirtschaftliche Maßnahmen in Gemeinden und zum anderen die Leitlinien für die Errichtung und Bewilligung eines Recyclinghofs.

Die Förderrichtlinie für abfallwirtschaftliche Maßnahmen in Gemeinden regelt, wie das Land Salzburg (Abteilung 5) Gemeinden des Landes, Gemeindeverbände und Unternehmen im Eigentum von Salzburger Gemeinden bzw. Salzburger Gemeindeverbänden, die überwiegend abfallwirtschaftliche Aufgaben wahrnehmen, fördert.

Die Förderung dient der Umsetzung der Ziele und Grundsätze der Abfallwirtschaft, insbesondere auch der Förderung der Abfallvermeidung, der Vorbereitung zur Wiederverwendung sowie des Recyclings im Sinne des § 3 Abs. 5 S.AWG.

Insbesondere werden mit der Förderrichtlinie folgende Ziele verfolgt:

- Zur Erreichung der Recyclingziele der EU ist es notwendig, Abfälle zu vermeiden, mehr Altstofffraktionen getrennt zu erfassen und je Fraktion größere Mengen zu erhalten.
- Zur besseren wirtschaftlichen Gestaltung des Recyclinghof-Betriebs ist es notwendig, die bestehenden Strukturen unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten hinsichtlich der Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu optimieren und einheitliche Sammelsysteme zu etablieren.
- Verbessert werden soll auch die Sicherheitsausstattung auf Recyclinghöfen.

Folgende zehn Fördergegenstände sind vorgesehen:

1. Erstellung regionale Abfallwirtschaftskonzepte zur Erhöhung der Recycling-Quoten
2. Beratung für die Errichtung/Verbesserung einer Gemeindekompostierung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (mindestens drei Gemeinden)
3. Öffentlichkeitsarbeit zu bestimmten abfallwirtschaftlichen Themen
4. Re-Use-Maßnahmen (Vorbereitung zur Wiederverwendung im Sinne des § 2 Abs. 5 Z 6 AWG 2002)
5. Repair-Café – Förderung der Bereitstellung von Veranstaltungsräumen
6. Neugestaltung/Verbesserung der Sicherheitsausstattung von Recyclinghöfen
7. Beschilderung von Recyclinghöfen
8. Anschaffung von einheitlichen Sammelgebinden für bestimmte gefährliche Abfälle
9. Mobile Problemstoffsammelcontainer
10. sonstige innovative abfallwirtschaftliche Maßnahmen zur Erreichung der EU-Recyclingziele

Die Höhe der Förderung (zwischen 45% und 100% der Höchstfördersumme) richtet sich nach der Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde. Neu veröffentlicht wurde auch eine umfassende Leitlinie betr. Errichtung und Bewilligung von Recyclinghöfen im Bundesland Salzburg. Sie dient als Orientierung sowohl für die Behörde als auch die Projektwerber, zusätzlich werden die erforderlichen Projektunterlagen und der Verfahrensablauf dargestellt.

Altersvorsorge – je früher, desto besser

Dr. Waltraud Rathgeb, Landesdirektorin der Salzburger UNQA, über das Alter, die Notwendigkeit finanzieller Vorsorge besonders für Frauen und warum Zeit dabei auch Geld ist.



Dr. Waltraud Rathgeb, Landesdirektorin SALZBURGER UNQA
© Bernhard Fuchs, www.foxart.cc

Frau Dr. Rathgeb, seit bald zwei Jahren begleiten uns die Coronapandemie und diesbezügliche Sorgen. Wir alle hoffen auf ein baldiges Ende, alles konzentriert sich darauf. Warum sollen wir auch die Zeit danach nicht außer Acht lassen?

Dr. Rathgeb: Das stimmt – Corona beschäftigt uns zurzeit mehr denn je und wir alle hoffen auf eine Verbesserung der Situation. Trotzdem ist es wichtig, uns mit anderen gesellschaftspolitischen Themen zu beschäftigen, wie die finanzielle Absicherung im Alter.

Warum ist das so?

Dr. Rathgeb: Das ist leicht erklärt: Immer mehr Menschen werden immer älter. Immer weniger Erwerbstätige stehen immer mehr Menschen im Ruhestand gegenüber. Das bedeutet: Immer weniger zahlen für immer mehr. Auf einen über 65-Jährigen kommen derzeit zwar noch 3,3 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65, doch nur 1,7 Pensionsversicherte zahlen pro Pensionisten ein. Die erste Säule – also die staatliche Pension – ist nach wie vor unverzichtbar im Sinne einer Grundabsicherung,

alles darüber Hinausgehende kann nur durch private Vorsorge abgedeckt werden. Nur so kann einer drohenden Pensionslücke vorgebeugt und der Lebensstandard auch nach dem Erwerbsleben beibehalten werden.

Wie steht es um die Altersvorsorge der Österreicherinnen und Österreicher?

Dr. Rathgeb: Genau das haben wir uns bei UNQA auch gefragt und dazu eine repräsentative Umfrage in ganz Österreich durchgeführt: Obwohl für 72 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer das Thema finanzielle Vorsorge grundsätzlich wichtig ist, haben sich bisher wenige bereits intensiv mit der eigenen finanziellen Vorsorge beschäftigt – genau genommen lediglich 25 Prozent der Frauen und 32 Prozent der Männer.

Gibt es einen Grund dafür, weshalb die Menschen nicht aktiv vorsorgen?

Dr. Rathgeb: Der am häufigsten genannte Grund, warum Personen sich bisher eher wenig mit der finanziellen Vorsorge beschäftigt haben, ist, dass schlicht zu wenig Geld dafür zur Verfügung steht. Doch bei jeder Art der Vorsorge gilt: Je früher, desto leistbarer. Genau deshalb ist es wichtig, bereits in jungen Jahren zu beginnen, am besten legen schon die Eltern oder Großeltern den Grundstein für ihre Kinder beziehungsweise Enkelkinder. Wenn man ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes beginnt, kann man mit 25 Euro im Monat bis zum Pensionsantritt auf eine monatliche Auszahlung von rund 300 Euro kommen. Beginnt man damit erst mit Mitte 30, muss man für denselben Betrag in der Pension zumindest das Zehnfache monatlich zur Seite legen. Bei Frauen sind die Barrieren sogar noch größer, sich um die eigene finanzielle Vorsorge zu kümmern. Unsere Studie hat gezeigt, dass beinahe jede dritte Frau die notwendigen Mittel nicht aufbringen kann, wohingegen es bei den Männern lediglich jeder fünfte nicht schafft.

Hat die Coronakrise die Möglichkeit der privaten Pensionsvorsorge bei Frauen beeinflusst?

Dr. Rathgeb: Für viele Frauen ist durch die Coronakrise die berufliche Situation noch schwieriger geworden, als sie es durch vielleicht unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und/oder

geringe Entlohnung ohnehin schon war. Dennoch sollte die Pensionsvorsorge diesem Umstand keinesfalls zum Opfer fallen. Unsere Vorsorgeprodukte sehen verschiedene Optionen vor, bei finanziellen Engpässen temporär die Prämienzahlung zu reduzieren oder auszusetzen.

Warum ist es speziell für Frauen so wichtig, für die Pension vorzubauen?

Dr. Rathgeb: Laut Sozialministerium sind rund 14 Prozent der Menschen in Österreich ab dem 65. Lebensjahr mit Altersarmut konfrontiert, 67 Prozent davon sind Frauen. Dafür gibt es viele Gründe: Frauen arbeiten oft in geringer bezahlten Berufen, sie sind diejenigen, die in Elternkarenz gehen und danach oftmals viele Jahre einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, und sie sind es in der Regel auch, die in der Familie die Pflege von Angehörigen übernehmen. Das bedeutet: Weniger Gehalt, das für die Vorsorge verwendet werden kann, und auch niedrigere Beträge, die sie in das staatliche Pensionssystem einzahlen. Somit erwartet Frauen eine größere Pensionslücke. Die Alterspensionen der Frauen liegen um 40 bis 50 Prozent unter denen der Männer. Das ist ihnen durchwegs auch bewusst: Bei der Umfrage waren sie häufiger als Männer der Meinung, weniger Geld in der Pension zur Verfügung zu haben als während des Erwerbslebens.

Was ist Ihr Rat für die Vorsorge?

Dr. Rathgeb: Allen jungen Menschen, für die nicht bereits die Eltern oder Großeltern mit dem Ansparprozess begonnen haben, rate ich, es selbst so rasch wie möglich zu tun. Man ist nie zu jung, um mit seiner Pensionsvorsorge loszulegen! Je früher man sich darüber informiert, desto länger kann man einzahlen und die Pensionslücke lässt sich leichter schließen. Wer mit 20 startet, kann 45 Jahre lang einzahlen und muss daher monatlich einen kleineren Beitrag auf die Seite legen als jemand, der erst mit 40 startet. Aber auch hier gilt: Besser spät als nie. Es gibt zahlreiche Vorsorgemöglichkeiten. Mit der richtigen Beratung kann das passende Produkt für jede Lebensphase gefunden werden.

Warum ist man insbesondere mit einer Versicherung gut beraten?

Dr. Rathgeb: Es gibt mittlerweile eine sehr große Bandbreite an Lösungen, die die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten jedes Einzelnen berücksichtigen. Unsere Versicherungsprodukte passen sich den aktuellen Lebensumständen an. Wir wissen, dass unseren Kunden Flexibilität sehr wichtig ist. Zuzahlungen und Entnahmen, Erhöhungen oder Reduktionen der Prämie sind neben dem flexiblen Pensionsantritt Fixbestandteil unserer Vorsorgelösungen. Zusätzlich können unsere Pensionsvorsorgeprodukte durch individuelle Zusatzbausteine der Lebenssituation angepasst werden: Von der Berufsunfähigkeitspension über die Ablebensversicherung bis hin zur Absicherung bei

schweren Erkrankungen. Auch im Falle eines gänzlichen vorzeitigen Rückkaufs fallen keinerlei Rückkaufsabschläge an. In der fondsgebundenen Lebensversicherung zählen auch das Ablaufmanagement sowie die Möglichkeit, kostenlos die Veranlagung zu wechseln, zu den wichtigsten Vorteilen für unsere Kunden. Und natürlich darf man nicht vergessen, dass die Lebenserwartung stetig steigt – Versicherungsprodukte eignen sich sehr gut, um für ein langes Leben vorzusorgen. Einer der wichtigsten Vorteile ist die Absicherung des sogenannten „Langlebkeitsrisikos“ durch eine garantierte lebenslange Pension. Ganz egal, wie alt man wird – das Geld kann nicht „ausgehen“. Das kann nur ein Versicherungsprodukt leisten.

Um sich mit der finanziellen Vorsorge zu beschäftigen, muss man über grundlegendes Finanzwissen verfügen. Wie sieht es hier bei den Österreicherinnen und Österreichern aus?

Dr. Rathgeb: Unsere Studie hat klar gezeigt, dass sich die meisten wünschen, bereits in der Kindheit mehr über Finanzen beigebracht bekommen zu haben. Die Verantwortung dafür sollen laut Befragung die Schule und Eltern gleichermaßen übernehmen. Ein höherer Bildungsabschluss (Matura) zeigt zusätzlich, dass Finanzthemen mit weniger Skepsis und mehr Selbstvertrauen gehandhabt werden.

Wie gebe ich Finanzwissen am besten an meine Kinder weiter?

Dr. Rathgeb: Auch wenn Kinder in der Schule das Rechnen lernen, können Eltern den Kindern viel über den Umgang mit Geld und Finanzen mitgeben. Kinder lernen nebenbei und unbewusst, wie in der Familie mit Finanzthemen umgegangen wird. Finanzthemen sollen nicht ignoriert und von beiden Elternteilen behandelt werden. Ganz wichtig ist auch, dass Mädchen und Burschen gleichermaßen an das Thema herangeführt werden.

Kontaktdaten:

UNIQA Österreich Versicherungen AG
Landesdirektion Salzburg
Auerspergstr. 9 | 5020 Salzburg
Kathrin Pronebner
Mobil: +43 664 823 16 72
E-Mail: kathrin.pronebner@uniqa.at
www.uniqa.at



entgeltliche Einschaltung

Bürgermeister/innen als Behördenleiter/innen: Spezialseminare im Jahr 2022



Bild: Adobe Stock

Im kommenden Jahr 2022 wird der Salzburger Gemeindeverband gemeinsam mit der Salzburger Verwaltungsakademie eine Reihe von Spezialseminaren für Bürgermeister/innen anbieten. Den Auftakt machen zwei Seminare, die deren Rolle im Rahmen der Hoheitsverwaltung in den Mittelpunkt stellen. Neben vielen anderen Aufgaben, beginnend bei der ersten Anlaufstelle für die Sorgen der Bürger/innen bis hin zum Vorsitz in den Sitzungen der Gemeindevertretung und Gemeindevorsteherung, nehmen die Bürgermeister/innen in der Behördenleitung eine zentrale Rolle in der Hoheitsverwaltung ein.

Die Anzahl der Veranstaltungen richtet sich nach den Bedarf in den Gemeinden.

Bürgermeister/innen als Behördenleiter/innen

Das erste Seminar konzentriert sich auf die Rolle der Bürgermeister/innen als Behördenleiter/innen: An einem Halbtage werden neben konkreten hoheitlichen Aufgaben – von der Abgabenbehörde bis hin zur Vollstreckungsbehörde – die Rolle der Bürgermeister/innen im Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht sowie ausgewählte Gesichtspunkte des Strafrechts und der Amtshaftung behandelt.

Mündliche Verhandlungen (rechts)sicher führen

Gegenstand des zweiten Seminars ist die (rechts)sichere

Verhandlungsführung bei mündlichen Verhandlungen. Mündliche Verhandlungen im Sinne der §§ 40 ff. AVG gehören vor allem im baubehördlichen Wirkungsbereich zu den wichtigsten Bestandteilen des Ermittlungsverfahrens. Im Rahmen des Seminars geben erfahrene Referent/inn/en den Bürgermeister/innen neben einem Überblick über die rechtlichen Gesichtspunkte dieses Verfahrensteils – beginnend von der Präklusion bis hin zur Rolle der Sachverständigen – auch konkrete Tipps für die Praxis.

Zielgruppe: Bürgermeister/innen des Landes Salzburg

Ausschreibung: Mitte Jänner 2022

Start der ersten Seminarreihe: Ende Februar 2022

Start der zweiten Seminarreihe: Anfang April 2022

Info Box

Als Behörde erster Instanz kommen den Bürgermeister/innen mehr hoheitliche Aufgaben zu als jedem Bundes- oder Landesorgan. Um sie und die ressortführenden Gemeinderäte in dieser Aufgabe zu unterstützen, bieten der Salzburger Gemeindeverband und die Salzburger Verwaltungsakademie 2022 eine eigene Seminarreihe an.

Digitalisierung im Bauamt:

Altenmarkt stärkt mit k5 Lösungen die Bauamtsverwaltung

Seit Jahresbeginn wickelt das Bauamt in Altenmarkt Bauverfahren mit k5 Verfahren ab. Das spart nicht nur Zeit, sondern sorgt auch für mehr Übersichtlichkeit: Dokumente werden zentral und digital mit k5 DMS erfasst, verwaltet und mit den dazugehörigen Unterlagen verknüpft. Bei Altenmarkt handelt es sich um keine Unbekannte: Die Marktgemeinde war bereits Kufgem-Kundschaft, entschied sich zwischenzeitlich für ein anderes Produkt und setzt nun wieder auf die altbewährte Qualität des Tiroler IT-Systemhauses.



Zusammenspiel als Erfolgsrezept

Eine Gemeinde, die genau weiß, was sie will, eine starke Lösung und zuverlässige Beratung – das sind die Zutaten für eine erfolgreiche Softwareumstellung, wie sie in Altenmarkt stattgefunden hat. „Wir sind über die erneute Zusammenarbeit froh und schätzen die anwenderfreundliche Handhabung der Software, genauso wie die schnelle und effiziente Betreuung durch Kufgem“, lobt Doris Strauch, Vizeamts- und Bauamtsleiterin der Marktgemeinde Altenmarkt, die erfolgreiche Kooperation. Auch seitens Kufgem wurde der Prozess als sehr angenehm empfunden: „Großes Lob an Doris und ihr Team. Alles hat auch deshalb so problemlos funktioniert, weil die zuständigen Personen ihre Anforderungen kennen und genau wissen, was sie wollen“, resümiert Dietmar Mußner, Software-Betreuer von k5 Verfahren.

Doris Strauch, Vizeamts- und Bauamtsleiterin der Marktgemeinde Altenmarkt, freut sich über die bedienerfreundlichen k5 Lösungen und die effiziente Betreuung durch Kufgem. Bild: Kufgem

Die k5 Produktfamilie punktet im Bauamt Altenmarkt

Im Bauamt werden die Möglichkeiten von k5 Verfahren und k5 DMS zu 100 Prozent genutzt. k5 Verfahren begeistert insbesondere durch die vielseitigen Schnittstellen, einerseits zu den Lösungen der k5 Produktfamilie, aber auch zu den verschiedenen Registern. „Die Schnittstellen sind unglaublich praktisch. Nachbarn lassen sich dank WebOffice einfach ermitteln, der tagesaktuelle Grundbuchstand kann abgefragt, direkt in k5 Verfahren importiert und schlussendlich mit dem Melderegister abgeglichen werden“, erklärt Strauch, und weiter: „Aktualität und Rechtssicherheit der relevanten Verfahrensdaten sind somit gegeben.“

Auch k5 DMS und k5 E-Gov punkten in der Bauamtsabteilung: Der elektronische Akt erspart langes Suchen, die digitale Amtssignatur beschleunigt Unterzeichnungen und die duale Zustellung erspart zeitaufwendiges Kuvertieren und das Versenden von Dokumenten. „Sämtlicher Schriftverkehr wird chronologisch im elektronischen Akt abgelegt, und ich finde E-Mails sehr schnell. Das erspart mir sehr viel Zeit“, so Strauch.

Digitale Zukunft mit orangem Touch

In den kommenden Monaten stehen in Altenmarkt weitere große Softwareumstellung an: Die Buchhaltung wird auf k5 Finanzmanagement umgestellt, die Inbetriebnahme der Infrastrukturmanagement-Lösung ProOffice steht an und Kinderbetreuungseinrichtungen werden bald mit HOKITA verwaltet.

kufgem.

Kufgem GmbH
Fischergras 2, 6330 Kufstein
Tel.: 05372/6902
info@kufgem.at, www.kufgem.at

entgeltliche Einschaltung

Soziale Wohlfahrt: Kostenbeiträge der Gemeinden übersteigen 2022 die 150-Mill.-Euro-Grenze



Bild: Adobe Stock

Anfang November haben die Gemeinden seitens der Abtlg. 3 des Amtes der Salzburger Landesregierung die Mitteilung über die Höhe der Kostenvorschreibungen im Sozialbereich erhalten. Obwohl die Steigerung gegenüber 2021 mit einem Plus von 0,2% auf den ersten Blick eher moderat erscheint, übersteigen erstmals in der Geschichte der sozialen Wohlfahrt in Salzburg die Gemeindebeiträge die 150-Mill.-Euro-Grenze, konkret 151.562.330 Euro. Basis für die Berechnung der Gemeindebeiträge ist der Finanzierungshaushalt des Landes.

Von den Gemeinden sind aufgrund des Salzburger Sozialhilfegesetzes (§§ 40 und 41) sowie der korrespondierenden Bestimmungen in der Teilhabe sowie der Kinder- und Jugendhilfe 50% des Nettofinanzierungssaldos der jährlichen Kosten in diesem Bereich zu leisten, davon sind 90% als Teilzahlung 2022 zu entrichten. Nach Sachbereichen untergliedert teilen sich die Kosten in 39% Teilhabe (vormals Behindertenhilfe), 31% Pflege und Betreuung, 15% Sozialunterstützung (vormals offene SH) sowie 15% Kinder- und Jugendhilfe. Die größten Steigerungen finden sich in der Teilhabe (Behindertenhilfe) mit rd. 7% gegenüber dem Vorjahr, im Bereich Pflege und Betreuung haben sich die Mehrkosten nach den massiven Steigerungen der letzten Jahre eingependelt. In der Vorschreibung berücksichtigt ist auch die geplante Novelle der Tarifobergrenzen, die neben der Valorisierung eine außerordentliche Erhöhung beinhaltet. In der Sozialunterstützung (vormals offene Sozialhilfe) sinkt die Anzahl der Bezieher/innen, für das Budget 2022 wird von einem Minus von 11% ausgegangen.

Nicht zuletzt aufgrund neuer Projekte wird für die Kinder- und Jugendhilfe mit einer Steigerung von 4% gerechnet. In den Bezirken stellt sich die Entwicklung höchst unterschiedlich dar: Während im Pinzgau mit einem Rückgang der Kosten von 3,5% gerechnet wird, steigen im Lungau die Kosten um 5,6%. Im Bezirk Tamsweg ist die voraussichtliche Steigerung (prozentuell gesehen) 28 mal höher als im Landesschnitt. Besonders hoch fällt im Lungau die Steigerung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe aus (mehr als 16%).

Bezirk/gesamt	Voranschlag 2022 gerundet in Mill. €	Entwicklung in % ggü. VJ
Salzburg Stadt	54,3	0,3
Hallein	14,8	0,5
Salzburg-Umgebung	33,1	0,9
St. Johann	20,1	1,2
Tamsweg	6,3	5,6
Zell am See	23,0	-3,5
Gesamt	151,6	0,2



400 JAHRE AUGUSTINER BRÄU

Kloster Mülln Salzburg

1621 begannen die in Salzburg ansässigen Augustiner-Eremiten, Bier zu brauen: nicht nur für den Eigenverbrauch, sondern auch zum Wohl derer, die außerhalb der Klostermauern lebten. Das wohlwollende und wohlschmeckende Erbe der Mönche, 1835 von den Benediktinern in Michaelbeuern übernommen, besteht nun bereits seit vier Jahrhunderten. Viele Menschen haben seither in Brauerei und Biereinkauf in Salzburg Mülln gearbeitet, Erfolge und Misserfolge erlebt, aber auch in düsteren und scheinbar hoffnungslosen Zeiten nicht aufgegeben.

Bierkultur mit Herz

Werte, Tradition und eine einzigartige Handwerkskunst des Bierbrauens sind über 400 Jahre behutsam weitergegeben worden. Die klassisch gebrauten Biere, wie das beliebte und ganzjährig erhältliche „Bräustübl“-Märzenbier, saisonal das Fastenbier und das Bockbier, vereinen deshalb, was in der Klosterbrauerei auch heute noch Tag für Tag gelebt wird: Tradition, Geschmack und Herz! Biergenuss wie in alten Zeiten, das ist auch gegenwärtig der Wunsch vieler Menschen.

Heute ist das Bräustübl die größte Biergaststätte Österreichs – mit über 5000 m² Nutzfläche, insgesamt fünf großen Sälen und drei Stüberln im Inneren des Gebäudes und weiteren 1300 Sitzgelegenheiten im dazugehörigen Gastgarten. Das Bier kommt aus Holzfässern und wird in Steinkrügen ausgeschenkt. Die dazu passenden regionalen Speisen findet man in den diversen Verkaufsständen des „Schmanckergangs“, welcher im Stil einer traditionellen Markthalle angeordnet ist. Der direkt am Hauptgebäude gelegene Rampenverkauf für einen bequemen Biereinkauf für zu Hause rundet das bierige Ganzjahres-Angebot des Augustiner Bräu Salzburg ab.

Das „Bräustübl“ – das Volksgasthaus der Salzburger – ist ein Ort der Begegnung, der Tradition – ein Stück lebendige Geschichte im Zentrum des Salzburger Weltkulturerbes.

Weitere Infos & Neuigkeiten rund um das Augustiner Bräu Kloster Mülln Salzburg finden Sie unter:
www.augustinerbier.at

Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ:

„DIE FUSION DER HYPO SALZBURG MIT DER RAIFFEISEN-LANDESBANK OÖ BRINGT DEN KUNDEN EIN UMFASSENDEES LEISTUNGSSPEKTRUM“



Über die Hintergründe der Fusion der HYPO Salzburg mit der Raiffeisenlandesbank OÖ, die Auswirkungen der Corona-Pandemie, notwendige Maßnahmen für einen starken Wirtschaftsstandort sowie die Inflationsentwicklung spricht Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, im Interview.

Herr Generaldirektor Schaller, warum haben die Raiffeisenlandesbank OÖ und die HYPO Salzburg fusioniert? Was sind hier die Hintergründe?

Heinrich Schaller: An der HYPO Salzburg waren wir ja schon seit längerer Zeit mehrheitlich beteiligt. Und als Teil des Konzerns der Raiffeisenlandesbank OÖ unterlag die HYPO Salzburg somit den regulatorischen Auflagen einer von der Europäischen Zentralbank geprüften Bank. Dies

verursachte hohe Kosten und Doppelgleisigkeiten. Die gesellschaftsrechtliche und organisatorische Verschmelzung und Bündelung der Kräfte beider Unternehmen macht nun eine Stärkung des Marktes Salzburg, eine größtmögliche Hebung von Synergien, eine Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und eine Konzentration von regulatorischen Themen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Linz möglich. Die Strategie vereint gemeinsame Perspektiven, wir verfolgen aber ganz bewusst eine Zwei-Marken-Strategie mit einem flächendeckenden Auftritt unter der Marke „HYPO Salzburg“. Dazu gehört auch das bestehende Filialnetz im Bundesland Salzburg. So kann auch weiterhin eine hervorragende Kundenbindung und Betreuungsqualität sichergestellt werden.

Was bedeutet die Verschmelzung für den HYPO Salzburg-Kunden?

Heinrich Schaller: Mit der Fusion ändert sich für den einzelnen Kunden praktisch nichts. Das Wichtigste: Die Marke HYPO Salzburg bleibt erhalten. Die Kundinnen und Kunden werden auch weiterhin von ihren persönlichen Beraterinnen und Beratern begleitet und betreut. Positiv ist, dass sie nicht nur wie bisher vom gewohnten persönlichen Service und Leistungsspektrum der HYPO Salzburg profitieren, sondern auch von der Innovationskraft, dem umfassenden Know-how und dem breiten Netzwerk des Konzerns der Raiffeisenlandesbank OÖ – immerhin die fünftgrößte Bank in Österreich. Dadurch können wir ihnen nicht nur neue, sondern auch besonders effiziente Lösungen anbieten.

Ist Raiffeisen in Oberösterreich das Gleiche wie Raiffeisen in Salzburg?

Heinrich Schaller: Nein, die Raiffeisenlandesbank OÖ und der Raiffeisenverband Salzburg sind zwei rechtlich selbstständige Banken, die HYPO Salzburg ist Teil des Konzerns der Raiffeisenlandesbank OÖ.

Jetzt zu einem anderen Thema. Wie hat die Corona-Pandemie den Arbeitsalltag in Ihrer Bank verändert?

Heinrich Schaller: Wir sind in der Arbeitsweise deutlich digitaler geworden. Sichtbar wird das beispielsweise beim Thema Homeoffice. Wir haben im ersten Lockdown sehr rasch umgestellt, es waren innerhalb von drei Tagen nur noch ungefähr 15 Prozent der Belegschaft in den Büros. Es war wirklich erfreulich, wie gut das funktioniert hat. Wir haben gesehen, dass Homeoffice viele Vorteile hat. Außerhalb eines Lockdowns arbeiten unsere Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter ein bis zwei Tage pro Woche von zu Hause aus – jetzt im vierten Lockdown natürlich dementsprechend wieder mehr. Wir können heute rasch und sehr flexibel auf diese Umstände reagieren.

Wie gehen Sie in Ihrem Unternehmen mit dem Thema Impfen um?

Heinrich Schaller: Wir begrüßen es sehr, wenn sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter impfen lassen, und hatten durch eine betriebliche Impfstraße auch ein entsprechendes Angebot. Laut einer hausinternen Umfrage haben wir eine Quote von 83 Prozent an voll Geimpften und Genesenen. Das ist ein sehr erfreulicher Wert. Jetzt gerade bauen wir wieder eine betriebliche Impfstraße für den dritten Stich bzw. für bisher nicht Geimpfte auf.

Wie sehen Sie im Zusammenhang mit der Pandemie die gegenwärtigen Probleme bei den Lieferketten, was z. B. Microchips, aber auch Rohstoffe wie Holz anbelangt? Könnte sich das nachhaltig auf die Konjunktur auswirken oder ist das bloß ein vorübergehendes Phänomen?

Heinrich Schaller: Hier muss man genauer hinsehen. Die Situation bei Microchips ist sicherlich nicht mit der bei Holz zu vergleichen. Die Pandemie hat aber aufgezeigt, dass das System der globalen Lieferketten durchaus auch seine Schwächen hat, wenn große unvorhersehbare Ereignisse eintreten. Die Diskussionen, dass man manches doch lieber vor Ort produzieren oder zumindest im großen Stil lagern sollte, sind ja relativ schnell aufgekommen. Ich glaube, man

kann davon ausgehen, dass sich das Problem bei den Lieferengpässen wieder lösen wird. Die Frage ist aber natürlich, wie bzw. wie rasch sich die stark gestiegenen Preise, wie sie derzeit etwa in der Bauwirtschaft zu beobachten sind, in weiterer Folge einpendeln.

Wie wird sich in diesem Zusammenhang die Inflation entwickeln?

Heinrich Schaller: Ich bin mir nicht sicher, ob die derzeitige Inflation wirklich nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Sollte sich das nicht beruhigen, dann wird die Europäische Zentralbank darüber nachzudenken haben, die Zinsen zumindest leicht anzuheben. Angesichts der Verschuldung einiger europäischen Staaten wird sie sich hier aber schwer tun.

Was kann die Politik zur wirtschaftlichen Stärke unseres Landes beitragen?

Heinrich Schaller: Generell braucht es mehr Mut und Entschlussfreude – vor allem, was die Schlüsselbereiche wie Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, aber auch den Abbau von Bürokratie anbelangt. Darüber hinaus braucht es in den kommenden Jahren mehr denn je eine Vielzahl an neuen, gut ausgebildeten Fachkräften. Das gilt für die Industrie genauso wie etwa für die Gastronomie, denn gute Fachkräfte sind in allen wirtschaftlichen Bereichen ein entscheidender Standortfaktor. Ziel muss ebenso sein, die Forschungsquote zu heben. Darüber hinaus wird die Attraktivität des Standorts künftig auch stark von der digitalen Infrastruktur abhängig sein.

RETTET DAS KIND SALZBURG – Zukunft zum Glück

Wir sind eine Hilfsorganisation mit Herz, die sich seit über 60 Jahren mit hoher Fachkompetenz und ohne viel Bürokratie um benachteiligte Kinder und Jugendliche kümmert, und ihnen somit die Chance auf ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und glückliches Leben gibt.

Kinder und Jugendliche stärken als Kernaufgabe

Wir begleiten und betreuen in neun Wohneinrichtungen bis zu 90 Kinder und Jugendliche im Alter ab 6 Jahren, die aus verschiedenen Gründen nicht bei ihren Familien leben können. Wir unterstützen sie und geben ihnen ein Zuhause, in dem sie Geborgenheit und Sicherheit erfahren, um sich entwickeln und frei entfalten zu können.

WIBA – WirtschaftsIntegrative BerufsAusbildung: Jeder Mensch verdient eine Chance

Unter diesem Motto bieten wir jungen Menschen mit Lernschwierigkeiten und leichten Behinderungen die Möglichkeit, durch eine fundierte Ausbildung berufliche Unabhängigkeit zu erreichen. Mit viel Empathie, Können und Geduld begleiten wir hier über 40 junge Menschen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Die dreijährige Ausbildung findet gemeinsam mit uns in verschiedenen Unternehmen der freien Wirtschaft statt.

Hilfe zur Selbsthilfe für 400 Salzburger Familien

In diesem Sinne arbeiten wir mit Kindern und Jugendlichen ambulant, mit deren Familien. Wir fördern ihre vorhandenen Ressourcen, stärken ihren Selbstwert und unterstützen sie in der Schule, der Arbeit und der Freizeit. Wir helfen dabei, den Alltag selbständig und erfolgreich zu bewältigen.

Wenn auch Sie Kindern und Jugendlichen helfen wollen, gerne!

Das Spendenkonto von RETTET DAS KIND SALZBURG lautet:
IBAN AT22 3400 0859 0441 7416

Vielen Dank! Weitere Informationen erfahren Sie unter
www.rettet-das-kind-sbg.at





FROHE WEIHNACHTEN

**ALLES
GUTE FÜR DAS
JAHR 2022!**



Auch beim neuen Wohnbauprojekt in Golling liegt die Fachplanung für die Haus- und Elektrotechnik in Experten Händen.

Die Gebäude-Profis

Von der Hausbetreuung über die Wohnungs- und Gebäudesanierung bis zur Fachplanung und Gebäudeanalyse alles aus einer Hand: Die Kommunal Service Salzburg ist ein Unternehmen der Salzburg Wohnbau-Gruppe.



Ein Interview mit Dietmar Winkler, Geschäftsführer der Kommunal Service Salzburg.

Die Kommunal Service Salzburg hat sich auf Dienstleistungen rund um Immobilien spezialisiert. Welche Leistungen werden angeboten?

Wir bieten eine sehr breite Leistungspalette an. Das reicht von der Hausbetreuung mit Innenreinigung, Grünanlagenbetreuung, Winterdienstleistungen, Sonderreinigungen und der technischen Anlagenbetreuung, über die Sanierung von Wohnungen und Gebäuden sowie die Fachplanung für die klassische Gebäudetechnik im Bereich Heizungs-, Klima-, Lüftungs-, Sanitär- und Elektrotechnik. Wir kümmern uns aber auch um die Gebäudetechnik-Planung für Neubauten oder die Sanierung von Bestandsbauten und führen professionelle Gebäudeanalysen für die Feststellung von notwendigen und zukünftigen Sanierungsmaßnahmen inklusive Kostenermittlung durch. Zu unserem Angebot gehören zudem Objektsicherheitsprüfungen nach der ÖNORM B1300/B1301, die die technische Objektsicherheit, Gefahrenvermeidung und Brandschutz, Gesundheits- und Umweltschutz sowie Einbruchschutz und Schutz vor Außengefahren umfassen.

Was genau sind die Stärken Ihres Unternehmens?

Wir agieren zuverlässig und vorausschauend und bieten unseren Kunden eine jahrzehntelange Erfahrung in der Betreuung von Wohngebäuden, Betriebsgebäuden und Kommunalbauten. Dabei liegt der Fokus darauf, den Wert einer Immobilie zu erhalten. In unserem 50-köpfigen Team haben

wir erfahrene Mitarbeiter mit großem Know-how in unterschiedlichen Fachbereichen. Darunter BaumeisterInnen, BauphysikerInnen, FachplanerInnen etc.

Wie viele Liegenschaften setzen auf die Hausbetreuung durch die Kommunal Service Salzburg?

Bundeslandweit betreuen wir derzeit rund 260 Liegenschaften. Diese Zahl wächst kontinuierlich.

Was zeichnet die professionelle Gebäudesanierung durch Ihre Experten aus?

Das Fachwissen und die Erfahrung unserer Mitarbeiter. Und wir verfügen über ein ausgezeichnetes Netzwerk von regionalen Professionisten, mit denen wir auch als Salzburg Wohnbau-Gruppe sehr viel zusammenarbeiten. Da wir von der Planung über die Projektsteuerung bis hin zur Bauaufsicht alles in unserer Hand haben, können wir natürlich sehr zielorientiert arbeiten.

Wann ist eine Sanierung notwendig und sinnvoll?

Das stellen wir durch ein aussagekräftiges Gebäudemonitoring fest. So können wir sämtliche Bauteile bewerten und genau festlegen, wann welche Sanierungen anfallen werden. Damit liefern wir den Eigentümern eine gute Entscheidungsbasis.

Informationen und Beratung:

Raphael Fischer, akad. IM
Assistenz Geschäftsführung
Kommunal Service Salzburg GmbH
+43 662 2066 217
r.fischer@ks-salzburg.at



Erhöhung Tarifobergrenzen Seniorenheime

Mittels Verordnung des Landes werden jedes Jahr die Tarifobergrenzen für den Grundtarif mit Ausnahme des Finanzierungs- und Investitionsbetrags sowie der Pflgetarif für die Seniorenheime valorisiert. Für die Rechtsträger zählen – gerade nach der Abschaffung des Regresses für einen Heimaufenthalt – die Tarifobergrenzen zu den wichtigsten Einnahmen überhaupt. Die Tarife in Salzburg werden im Wege der Sozialhilfe zwischen Land und Gemeinden 50:50 geteilt, im österreichischen Vergleich sind die Tarife trotz mehrerer außerordentlicher Erhöhungen immer noch im niedrigen Bereich. Jede Änderung hat somit zwei Seiten: Erhöhungen schlagen sich bei den Rechtsträgern der Heime positiv zu Buche und belasten die Sozialhilfe, bei keinen oder nur geringfügigen Steigerungen steigt der wirtschaftliche Druck bei den Trägern (die in Salzburg überwiegend Gemeinden und Gemeindeverbände sind), dafür sinkt der Sozialhilfefaufwand für Land und Gemeinden weniger stark.

Für das kommende Jahr ist neben der gesetzlichen Valorisierung eine außerordentliche Erhöhung vorgesehen. Hintergrund ist insbesondere der Umstand, dass Rechtsträgern, welche dem Soziale-Wirtschaft-KV unterliegen, durch die Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 37 Wochenstunden ab 2022 deutliche Mehrkosten entstehen. In Abstimmung mit den Kostenträger-Partnern Gemeindeverband und Städtebund soll die außerordentliche Erhöhung aber auch für Heime zur Anwendung gelangen, deren Mitarbeiter/innen nicht dem SWÖ-KV unterliegen. Insgesamt fließen mit der Maßnahme (ordentliche und außerordentliche Erhöhung) rund 4,68 Mill. Euro zusätzlich an die öffentlichen und privaten Rechtsträger, die Mehrkosten werden vom Land und den Gemeinden des politischen Bezirks, in dem die Mehrkosten anfallen, entsprechend dem Aufteilungsschlüssel des § 40 Abs. 4 Sbg. Sozialhilfegesetzes getragen.

ÖSTERREICH

Gesetzliche Verankerung der Sommerschule: Nächste Belastung im Schulwesen



Bild: Adobe Stock

Mit einer Änderung des Schulorganisationsgesetzes und des Schulunterrichtsgesetzes auf Bundesebene soll die Sommerschule in das Regelschulwesen übergeführt werden. 2020 fand in Folge der Coronapandemie erstmalig eine „Sommerschule“ statt. Das Hauptaugenmerk lag dabei vor allem auf dem Nachholen von Defiziten, die aufgrund des Entfalls von Präsenzunterricht entstanden sind. Im ersten Jahr nahmen 22.500 Schüler/innen teil, im zweiten Jahr, im Sommer 2021, waren es mehr als 37.000 Schüler/innen. Inhaltlich wurde das Konzept im Pflichtschulbereich auf Mathematik und Sachunterricht (in der Volksschule) erweitert, auf die Oberstufenformen ausgedehnt und inhaltlich variantenreicher gestaltet. Während bisher die Standorte für die Sommerschulen nur im Einvernehmen mit den jeweiligen Schulerhaltern festgelegt wurden, sieht die Novelle vor, dass die Länder Berechtigungsprengel festlegen sollen und damit eine Mitwirkung der Schulerhalter ausgeschlossen

ist. Auch wenn es sich pädagogisch um eine Erfolgsgeschichte handeln mag: Für die Gemeinden bedeutet dies eine deutliche Verlängerung des Schuljahres mit allen wirtschaftlichen, organisatorischen und administrativen Konsequenzen, beginnend bei der Bereitstellung der Schulinfrastruktur bis hin zum Schultransport, ohne dass bundesseits dafür ein ausreichender Ausgleich geschaffen wird. Zudem setzt sich damit eine Serie an Belastungen für die Gemeinden als gesetzliche Schulerhalter weiter fort. Dabei war die Rolle der Gemeinden im Schulwesen im § 10 Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz ursprünglich klar definiert: Die Gemeinden sind als Schulerhalter für die für den Schulbetrieb erforderliche Infrastruktur und die Beistellung des zur Betreuung der Schulliegenschaften erforderlichen Hilfspersonals zuständig. Die heutige Bestimmung des § 10 Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz bzw. die aktuelle Rechtslage ist ein Sammelbecken von Zusatzaufgaben, welche mit der eigentlichen Schulerhaltung nichts mehr zu tun haben bzw. unscharf geregelt wurden: Schulärzte/innen, Lehrer/innen und Erzieher/innen in ganztägigen Schulformen, Freizeitpädagog/inn/en, Stützkräfte im Inklusionsbereich, Schulpsycholog/inn/en und Schulsozialarbeiter/innen, pädagogische und administrative Assistenzkräfte sowie schließlich die Umsetzung des Digitalisierungspakets und nun die Sommerschule. Vieles von dem, wofür der Bund die Lorbeeren erhält, wird in Wirklichkeit von den Gemeinden getragen.

Erstmals 200 Frauen an der Spitze der österreichischen Gemeinden

Bürgermeisterinnen knacken die symbolisch wichtige 200er-Marke – neue jüngste Bürgermeisterin ist 25 Jahre alt



Bild: Adobe Stock

Erstmals erreicht die Anzahl der österreichischen Bürgermeisterinnen die 200er-Marke. Damit zeigt sich ein klarer Trend nach oben: Vor zehn Jahren lag der Frauenanteil unter den Bürgermeistern mit 119 von 2357 bei nur 5 Prozent, vor fünf Jahren standen 146 Bürgermeisterinnen den österreichischen Gemeinden vor – ein Anteil von 7 Prozent (von 2100 Gemeinden). Mit **Margit Wennesz-Ehrlich** aus Oslip im Burgenland wurde die 200. Bürgermeisterin am 15. Oktober vom Gemeinderat gewählt. Damit stehen die Ortschefinnen derzeit 9,5 Prozent der insgesamt 2095 Kommunen in Österreich vor.

„Wir freuen uns, dass stetig neue Bürgermeisterinnen dazukommen. Natürlich gibt es noch Luft nach oben, doch wie die Zahlen zeigen, sind wir auf dem richtigen Weg“, erklärt **Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl**. „Frauen in kommunalen Führungspositionen setzen ein wichtiges Zeichen für die Gleichberechtigung in diesem Land und motivieren auch andere Frauen, sich mehr zuzutrauen. Die Bürgermeisterinnen sind Mutmacherinnen für Frauen in allen Bereichen und sollten in ihren Bemühungen gestärkt werden“, betont er.

Mit **Nicole Zehetner-Grasl** wurde zudem eine neue jüngste Bürgermeisterin ins Amt gewählt – sie ist 25 Jahre alt und wurde am 10. Oktober in der Gemeinde Hofkirchen im Traunkreis gewählt. Die Jungbürgermeisterin betont: „Mir ist es wichtig, die Bedürfnisse von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern im Gemeinderat abzubilden. Daher bemühe ich mich, eine

Mischung aus Jung und Alt, Frauen und Männern und vielfältigen Lebensrealitäten für die Kommunalpolitik zu begeistern. Ich will zeigen: Ich bin eine Frau, ich bin 25 Jahre alt und ich traue mir das zu. Bitte traut euch das auch zu – auch wenn die eine oder andere Hürde auf dem Weg liegt.“

Nicole Zehetner-Grasl ist eine von 47 Bürgermeisterinnen in Oberösterreich. Niederösterreich führt derzeit im Bundesländervergleich mit 75 Bürgermeisterinnen. In der Steiermark gibt es aktuell 22 weibliche Bürgermeister, in Tirol 17 und im Burgenland sind es 14. Kärnten hat derzeit 10 Ortschefinnen zu verzeichnen, nur in Salzburg und Vorarlberg sind es noch weniger, mit 9 bzw. 6 Bürgermeisterinnen. 2022 werden die Karten wieder neu gemischt. Im Februar kommenden Jahres finden in Tirol und im Oktober im Burgenland Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen statt.

Gemeindebund-Vizepräsidentinnen Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher und Bürgermeisterin Roswitha Glashüttner setzen sich seit Jahren dafür ein, Frauen in der Kommunalpolitik zu fördern. Um die Ortschefinnen zu vernetzen und zu stärken, initiierten die beiden gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund das jährliche Bürgermeisterinnentreffen. Die Vizepräsidentinnen unterstreichen: „Es ist unser erklärtes Ziel, noch mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern. Schließlich ist es der Anspruch einer repräsentativen Demokratie, dass alle Bevölkerungsgruppen in den Entscheidungsgremien vertreten sind.“

Gemeindebund-Präsident Riedl beim Städtetag: „Die Stadt braucht das Land und das Land braucht die Stadt“



Bild: Adobe Stock

Von Mittwoch, 10. November, bis Freitag, 12. November, fand der 70. Österreichische Städtetag des Städtebundes in St. Pölten statt. Nach dem Gemeindetag des Gemeindebundes, der bereits im September in Tulln mit mehr als 1500 Gemeindevertreter/innen stattgefunden hatte, war der Städtetag die zweite große kommunalpolitische Kundgebung in diesem Jahr. **Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl** betonte in seinen Grußworten im Rahmen der Eröffnung des Städtetages die gute und enge Zusammenarbeit zwischen Städte- und Gemeindebund: „Wir mögen zwar manchmal unterschiedliche Zugänge haben, aber, wenn es um unsere Gemeinden und unsere Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger geht, ziehen wir am Ende an einem Strang. Uns allen ist klar: Die Stadt braucht das Land und das Land braucht die Stadt.“

Die Städte und Gemeinden waren und sind seit Beginn der Coronapandemie gefordert wie nie zuvor. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben tagtäglich nicht nur die Krise gemanagt, sondern waren und sind vor allem auch wichtige Stabilitätsanker des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Vor Ort organisieren die Gemeinden seit

Jahrzehnten die Lebensrealität der Menschen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ohne uns geht in diesem Land nichts“, so **Gemeindebund-Präsident Riedl** in Richtung der anwesenden Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter. Die Covidpandemie fordert die Gemeinden nicht nur in personeller und organisatorischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht. „In Verhandlungen mit dem Bund haben wir sehr rasch schnelle Hilfe in Form der Investitionsmilliarde und der Unterstützung bei der Liquidität erhalten. Die Pakete haben das Schlimmste abgefedert und die regionale Konjunktur angekurbelt. Heute geht es uns einnahmenseitig besser als vor der Krise. Die Investitionen unserer Städte und Gemeinden haben dazu ihren Beitrag geleistet“, betonte **Riedl**.

Die Aufgaben der Gemeinden und Städte werden nicht weniger und die Ausgaben steigen in vielen Bereichen. Als Beispiel dafür nannte **Gemeindebund-Präsident Riedl** die Ausgaben der Gemeinden für Kinderbetreuung und Schulerhaltung. Die Gemeinden (ohne Wien) investieren jedes Jahr mindestens 3,8 Milliarden Euro, um den Kindern und Eltern bedarfsgerechte Angebote zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ging **Gemeindebund-Präsident Riedl** auch auf die Debatte um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ein: „Im Präsidium des Gemeindebundes haben wir ganz klar den Rechtsanspruch abgelehnt, weil er die Gemeinden einem nicht stemmbaren politischen, gesellschaftlichen und letztlich auch juristischen Druck aussetzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach Hechtbiss und Baumhaftung auch wegen der Kinderbetreuung vor dem Richter stehen. Wir setzen uns ganz klar für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung ein, wofür es auch ausreichend finanzielle Mittel von Bund und Ländern geben muss.“

Zum Abschluss ging der Gemeindebund-Präsident auch auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ein. „Viele haben verlernt, miteinander zu reden und auf Augenhöhe miteinander zu diskutieren. Bei vielen Debatten in unseren Gemeinden, wie etwa zum Ausbau der erneuerbaren Energie und der dafür notwendigen Infrastruktur, sehen wir es deutlich: Theoretisch sind alle dafür, aber nicht vor der eigenen Haustür. Das verhindert immer öfter sinnvolle Maßnahmen. In der Politik braucht es wieder mehr Fokus auf das Allgemeinwohl. Individuelle Interessen allein sollen die Zukunftsentwicklung unserer Gemeinden und Städte nicht mehr behindern können“, erklärt **Riedl**.

EUREGIO-News

Neuer EUREGIO-Präsident Norbert Meindl aus Lofer



Übergabe des „Staffelstabs“ vom scheidenden Präsidenten Konrad Schupfner (Mitte) an den neuen EUREGIO-Präsidenten Norbert Meindl (Lofer, re.); links der neue Vizepräsident Bernhard Kern (Landkreis Berchtesgadener Land). Bild: EUREGIO

Rund 70 Mitglieder und Ehrengäste konnten EUREGIO-Präsident Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) und Oberbürgermeister Christoph Lung zur 49. EUREGIO-Ratsitzung im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall begrüßen.

Alle vier Jahre wechselt die Präsidentschaft in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein zwischen der Salzburger und der bayerischen Seite. Nachdem die vierjährige Amtszeit auf bayerischer Seite, die von Alt-Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) ausgefüllt wurde, zu Ende ging, wählten die Mitglieder der EUREGIO nun einstimmig Bürgermeister Norbert Meindl aus der Marktgemeinde Lofer zum neuen EUREGIO-Präsidenten. Zum neuen Vizepräsidenten der EUREGIO wurde der Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land Bernhard Kern gewählt.

Einstimmig wählte der EUREGIO-Rat aus seiner Mitte auch die weiteren Präsidiumsmitglieder: Bürgermeisterin Andrea Pabinger (Gemeinde Lamprechtshausen), Gemeinderätin Delfa Kotic (Stadt Salzburg), Bezirkshauptfrau Karin Gföllner (Salzburg-Umgebung), den stv. Landrat des Landkreises Traunstein Josef Konhäuser, Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Christoph Lung sowie die Bürgermeister Johann Mühlbacher (Gemeinde Anthering), Hans Feil (Stadt Laufen) und Andreas Bratzdrum (Stadt Tittmoning).

In seiner Antrittsrede dankte Neu-Präsident Norbert Meindl nicht nur dem scheidenden Präsidenten Konrad Schupfner für sein langjähriges Engagement in der EUREGIO, sondern ebenso den weiteren ausgeschiedenen Präsidiumsmitgliedern Bezirkshauptmann Reinhold Mayer (Salzburg-Umgebung) und Landrat Siegfried Walch (Landkreis Traunstein). Die neuen EUREGIO-Präsidenten Norbert Meindl und Bernhard Kern waren sich mit ihrem neuen Präsidium, aber auch dem

gesamten EUREGIO-Rat einig, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Ebene der EUREGIO ein wichtiger und positiver Baustein für den Zusammenhalt im Europa von heute ist. Meindl appellierte in diesem Sinne an die Versammlung, sich verstärkt für grenzüberschreitende Projekte einzusetzen, gerade auch im Sinne der Umsetzung der ebenfalls beschlossenen EUREGIO-Grenzraumstrategie. Ein wesentlicher Baustein dabei müsse eine frühzeitige Kommunikation untereinander sein, betonte Meindl.



Einen besonderen Dank der neuen EUREGIO-Präsidenten Norbert Meindl (Lofer, re.) und Bernhard Kern (Berchtesgadener Land, 2. v. re.) gab es für den scheidenden Präsidenten Konrad Schupfner für sein langjähriges Engagement in der EUREGIO – Schupfner begleitete die Entwicklung der EUREGIO in verschiedenen Funktionen bereits seit ihrer Gründung 1995 – sowie für das ebenso ausgeschiedene Präsidiumsmitglied Reinhold Mayer (Bezirk Salzburg-Umgebung) – Mayer war über 20 Jahre Mitglied des EUREGIO-Präsidiums. Bild: EUREGIO

EUREGIO-Grenzraumstrategie beschlossen



Der scheidende EUREGIO-Präsident Konrad Schupfner dankte in seiner Rede allen Kolleg/innen im Präsidium, den Mitgliedern der EUREGIO-Facharbeitsgruppen, dem Team der Geschäftsstelle sowie allen Mitgliedern für ihr Engagement und die sehr gute Zusammenarbeit in seiner viereinhalbjährigen Funktionsperiode. Bild: EUREGIO

Der EUREGIO-Rat, das ist die Mitgliederversammlung der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, kam im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall unter Einhaltung der 3G-Regeln zu seiner 49. Sitzung zusammen. Neben b.w.

den Neuwahlen des Präsidiums war die Beschlussfassung zur zukünftigen EUREGIO-Grenzraumstrategie ein zentraler Tagesordnungspunkt. EUREGIO-Geschäftsführer Steffen Rubach erläuterte den Mitgliedern den Arbeitsprozess zur Erstellung der Strategie. Über 450 Akteure aus der Regionalentwicklung, das sind z. B. Gemeinden, Landkreise und Landesstellen, aber genauso Regionalverbände, LEADER-Aktionsgruppen oder weitere öffentliche Einrichtungen und Organisationen, wurden in den Prozess eingebunden.

Wichtig ist die enge Verknüpfung mit dem zukünftigen EU-Förderprogramm INTERREG Österreich/Bayern, das im ersten Quartal 2022 starten soll. Für Projekte bis zu 100.000 Euro, die in den drei Strategieschwerpunkten zur Umsetzung kommen sollen, kann dann die EUREGIO selbst über die Förderung mit EU-Mitteln entscheiden. Die EUREGIO-Geschäftsstelle steht allen Mitgliedern und weiteren Einrichtungen mit tatkräftiger Unterstützung für die Beratung, aber auch für die Entwicklung und Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten zur Verfügung. Die drei Themenschwerpunkte sind: Klimaneutralität durch Kreislaufwirtschaft, Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch Vernetzung und in Verbindung mit einem grenzüberschreitenden (Aus-)Bildungsangebots sowie vernetzter, nachhaltiger Tourismus.

Nach einem kurzen Gedenken an EUREGIO-Gründungspräsident und Alt-Landrat Martin Seidl sowie das langjährige Präsidiumsmitglied und Alt-Bürgermeister von Freilassing, Lucian Breuninger, verstorben im Juni diesen bzw. im Dezember letzten Jahres, freute sich EUREGIO-Präsident Konrad Schupfner über eine Videobotschaft aus Straßburg: Der Versammlung wurde Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, zugeschaltet. Kiefer, der die Gründung der EUREGIO in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre als Büroleiter des damaligen Salzburger Landeshauptmanns Hans Katschthaler begleitet hatte, berichtete von den damaligen Überlegungen und Vorbereitungen zur Gründung einer Euregio im bayerisch-salzburgischen Grenzraum. „Heute freuen wir uns, dass das Kind laufen gelernt hat und wir viele grenzüberschreitende Aktivitäten und Projekte gemeinsam durchführen konnten und können“, so Kiefer.

Vor den Neuwahlen zum EUREGIO-Präsidium ging der scheidende Präsident Konrad Schupfner auf 25 Jahre EUREGIO und die zurückliegende Funktionsperiode ein. Auch wenn auf eine angemessene Jubiläumsfeier mit Musik aus Bad Reichenhall und Lamprechtshausen sowie einen geselligen Teil coronabedingt verzichtet werden musste, freute er sich doch, dass die Sitzung am Gründungsort der EUREGIO im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall stattfinden konnte. Schupfner umriss wichtige Meilensteine in der EUREGIO-Arbeit der zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnte, wie beispielsweise Wirtschaftsförderungsaktivitäten, den Mozart-Radweg und den SalzAlpenSteig als touristische Produkte, die EUREGIO-Broschüren zu vielfältigen Kultur- und Naturthemen, die EUREGIO-Kindersicherheitsolympiade, Brückenschläge über die Grenzflüsse in Laufen/Oberndorf und Ainring/Wals-Siezenheim

sowie die Arbeiten an einem EUREGIO-Verkehrsverbund. Viel bleibe aber noch zu tun, resümierte Schupfner und verwies dazu auf aktuelle Themen etwa im Verkehrsbereich, auf ungeklärte Sachlagen für grenzüberschreitende Rettungsdienst- und Notarzteinsätze wie auch auf die Zusammenarbeit im Bildungsbereich.

Bereits zuvor hatte der EUREGIO-Rat den Bericht von Geschäftsführer Steffen Rubach für das Jahr 2020 und den zugehörigen Jahresabschluss sowie den Haushalt für das Jahr 2022 einstimmig verabschiedet. Ebenso einstimmig beschlossen wurden Änderungen des EUREGIO-Vertrags, sodass zukünftig, d. h. nach Auslaufen der coronabedingten Sonderbestimmungen mit Ende des Jahres, Sitzungen des EUREGIO-Rats und des Präsidiums auch online durchgeführt und Beschlüsse dieser Gremien im Umlaufverfahren gefasst werden können.



Mit der modernen Technik im Königlichen Kurhaus in Bad Reichenhall kein Problem – die Zuschaltung des Generalsekretärs des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates Andreas Kiefer zum EUREGIO-Rat.
Bild: EUREGIO

Neu gestalteter EUREGIO-Klimaladen „Was hat mein Konsum mit dem Klima zu tun?“

Die neu gestaltete und über das EU-Programm INTERREG V A geförderte interaktive Wanderausstellung für alle ab 10 Jahren wurde im SOS-Kinderdorf Seekirchen feierlich eröffnet und tourt nun durch Schulen in Salzburg und Bayern. Jugendliche erfahren in fünf Stationen durch Spiele und viele Hintergrundinfos, wie sie selbst aktiv zum Klimaschutz beitragen können. „Alle Schüler/innen erhalten ein virtuelles Budget und Klimapunkte für ihren Einkauf im Klimaladen. Dabei erfahren sie z. B., wo die Rohstoffe fürs Handy herkommen oder wie viele Fahrräder auf einem Pkw-Abstellplatz Platz finden“, erklärt die Designerin der Ausstellung, Eva Zangerle. Außerdem können Pluspunkte für das richtige Abfalltrennen gesammelt und Alternativen zum schnellen neuen Modeschnäppchen ausgetauscht werden. Die Kinder und Jugendlichen entdecken, wie auch der Alltag mit einfachen Mitteln klimafreundlich gestaltet werden kann. So können sie etwa ihre eigenen Aktivitäten in einem „Gewohnheitstracker“ laufend mitdokumentieren, auch nachdem der Klimaladen bereits zu einer anderen Schule unterwegs ist.

Der Klimaladen steht allen Schulen in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein zur kostenfreien Buchung zur Verfügung. Klimaschutz kennt keine Grenzen. Im Sinne einer nachhaltigen Umweltbildung haben das Klimabündnis Österreich GmbH, Zweigstelle Salzburg, der Landkreis und die Biosphärenregion Berchtesgadener Land, die Chiemgau GmbH Wirtschaftsförderung, der Regionalverband Salzburger Seenland und die EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein den Klimaladen neu erstellt.

Weitere Informationen zum Klimaladen und zur Buchung:
<https://klimaladen.euregio-salzburg.eu/>



Bild: (v. l.): Bgm. Konrad Pieringer (Seekirchen), Wolfgang Arming (SOS-Kinderdorf), stv. Landrat Michael Koller (Landkreis Berchtesgadener Land), Bgm. Norbert Meindl (Lofer), stv. Landrätin Resi Schmidhuber (Landkreis Traunstein), Bgm. Wolfgang Wagner (Köstendorf) und Designerin Eva Zangerle mit dem neuen Klimaladen. Bild: Martin Signitzer

Girls in Politics in der EUREGIO

Sie sind jung, weiblich, kommen aus Salzburg oder dem bayerischen Grenzraum und wollen sich politisch engagieren. Was dafür hilfreich und nötig ist, haben 14 Teilnehmerinnen beim EUREGIO-Lehrgang „Girls in Politics“ gelernt. Innerhalb eines Jahres erhielten sie Einblicke in die Politik der beiden Länder. Neben zahlreichen Gruppen- und Einzelarbeiten standen Diskussionen mit Politikerinnen wie mit den beiden Landtagspräsidentinnen aus Bayern und Salzburg, Ilse Aigner und Brigitta Pallauf, ein Kommunikationstraining mit Journalistinnen, kommunalpolitische Gespräche mit bayerischen und österreichischen Bürgermeisterinnen und Stadträtinnen und eine Exkursion nach Wien mit einem Strategieworkshop auf dem Lehrplan. Ziel des Lehrgangs ist und war es, die jungen Frauen für die vielfältigen Möglichkeiten des politischen Engagements zu befähigen. Die Salzburger Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf brachte es bei der Abschlussveranstaltung auf den Punkt: „Jedes Politikfeld ist auch Frauensache, alle Themen gehen uns Frauen etwas an. Es liegt an jeder einzelnen von uns, sich aktiv zu beteiligen und mitzugestalten.“ Da waren sich alle Teilnehmerinnen mit der Landtagspräsidentin einig: „Das, was wir im Lehrgang in jedem Fall gelernt haben, ist, dass wir uns trauen sollen.“ Abschließend wurde jeder der engagierten jungen Frauen vom EUREGIO-Vizepräsidenten Norbert Meindl



Podiumsdiskussion im Salzburger Schloss Mirabell mit (v. l.) Gisela Sengl (Mdl), Landesrätin Andrea Klambauer, Lena Gruber (TN), Moderatorin Evi Dettl, Lena Huber (TN) und Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf. Bild: akzente Salzburg

(Lofer) ein Girls-in-Politics-Zertifikat überreicht. Die Teilnahme an dem EUREGIO-Lehrgang Girls in Politics wurde den jungen Frauen kostenfrei ermöglicht, da dieser mit Mitteln der EU aus dem Programm INTERREG V A Österreich-Bayern 2014–2020 gefördert wurde. Das Projekt war ein Gemeinschaftsprojekt von Akzente Salzburg, Startklar Soziale Arbeit Oberbayern, der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein, der Stadt Salzburg, dem Kinder- und Jugendbüro der Stadt Freilassing und dem Frauenbüro der Stadt Salzburg.

Regionalitätspreis 2021 für das Dialektprojekt „Mitn Redn kemman d' Leit z'somm“

In der Kategorie „Grenzüberschreitende Projekte“ wurde das INTERREG V A-Projekt „Mitn Redn kemman d' Leit z'somm“ mit dem diesjährigen Salzburger Regionalitätspreis ausgezeichnet. Mit diesem Projekt will die Universität Salzburg zusammen mit dem Förderverein Bairische Sprache und Dialekte (FBSD) die Vorurteile gegenüber Dialekt und Standardsprache abbauen.

Das Forschungsteam der Universität Salzburg und der FBSD ist überzeugt, dass ein Verständnis von Sprachvielfalt ein Schlüssel zu einer offenen und toleranteren Gesellschaft ist. Umgekehrt ist zu beobachten, dass Vorurteile gegenüber Sprecher/innen des Dialekts und der Standardsprache zu ungleicher Behandlung führen können.

So wird in Österreich und Bayern Dialektsprechenden Gemütlichkeit und Sympathie zugeschrieben, aber auch eine gewisse Grobschlächtigkeit und mangelnde Bildung. Hochdeutschsprechende hingegen werden häufig als hochnäsig, aber auch als kultivierter und intelligenter eingeschätzt. Gefördert von der EU und der Universität Salzburg, entwickelte man Unterrichtsmaterialien für die vierte und sechste Schulstufe, die für die sprachliche Vielfalt zwischen den Polen Dialekt und Standardsprache sensibilisieren. Die Materialien sollen über ein Netzwerk von Direktor/inn/en und Lehrkräften gezielt in Schulen in Bayern und Salzburg eingesetzt werden. Durch Tests vor und nach dem Einsatz will das Team überprüfen, ob die Unterrichtseinheiten einen Einfluss auf die Spracheinstellungen der Schüler/innen haben, die mitunter von Vorurteilen geprägt sind.

Der erste Schuleinsatz wurde schon letzten Herbst begonnen, doch dann kam Corona und im Lockdown ließ sich das Projekt nicht mehr durchführen und musste verschoben werden. In diesem Schuljahr wird nun ein erneuter Anlauf gestartet b.w.



Das Projektteam und EUREGIO-Präsident Konrad Schupfner (li.) freuen sich über den Regionalitätspreis für das INTERREG V A-Projekt „Mitn Redn kem-man d' Leit z'somm“. Bild: Franz Neumayr

EUREGIO-Bildungsfahrt: Handwerk und Solidarische Landwirtschaft

Österreichisches und Bayerisches Handwerk in Salzburg und Tittmoning/Asten, das Dorfwirtshaus in Asten, betrieben von den Bürger/innen des Dorfs, und die SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft) Chiemgau, eine gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft in Chiemgau, waren die Ziele und Themen der grenzüberschreitenden EUREGIO-Bildungsfahrt am 8.10.2021. Veranstaltet wurde die Fahrt von der EUREGIO, dem Katholischen Bildungswerk Berchtesgadener Land, der Handwerkskammer Traunstein und dem Salzburger Bildungswerk. Ihr Ziel ist es, insbesondere auch Einheimischen die gemeinsame Grenzregion anhand ausgewählter Themen näherzubringen.

Die 20 Teilnehmer/innen starteten in der Kunstgärtnerei Doll in Salzburg und erhielten dort von Carolin Doll einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben und Probleme eines Gärtnerei- und Floristikbetriebs. Auch die Schreinerei ASE Wohnkultur in Asten bei Tittmoning hat es sich zur Aufgabe gemacht, qualifiziertes Personal auszubilden und langfristig an das Unternehmen zu

binden. Die Familie Asenkerschbaumer zeigte den interessierten Gästen den Betrieb, der von Konzeption über Planung bis hin zum Einbau individuelle Einrichtungs-Komplettpakete in Wohnungen, Häusern und Unternehmen anbietet.

Keine wirtschaftliche, sondern eine soziale Zielsetzung hat die Genossenschaft aus engagierten Bürger/innen in Asten bei Tittmoning. Diese Genossenschaft ist Träger der Dorfwirtschaft Asten und wurde gegründet, um das örtliche Gasthaus zu erhalten, nachdem dieses nicht mehr verpachtet werden konnte. Die Astner Bürger/innen ermöglichten durch ihre finanzielle Beteiligung den Kauf der Wirtschaft und halfen tatkräftig mit bei der Renovierung. Jetzt hat das Wirtshaus wieder einen aktiven Wirt, der beim Stammtisch und den örtlichen Vereinen genauso gefragt ist wie bei regionalen und überregionalen Gästen.

Am Nachmittag stand der Besuch auf einem Feld der SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft) in Chiemgau auf dem Programm. 2018 gegründet, bewirtschaftet die SoLaWi mittlerweile drei Hektar Feld an verschiedenen Orten im Chiemgau nach dem strengen Demeter-Bio-Standard. Voller Enthusiasmus erklärte Gründerin Christine Rühl den Anwesenden das Prinzip der Ernteteilung, welches dem Landwirt eine Planungssicherheit gibt und den Ernteteilern, die auch auf dem Feld mithelfen können, wöchentlich eine biologische Gemüse- und Obstkiste.



Die an der EUREGIO-Bildungsfahrt Teilnehmenden im Biergarten der Dorfwirtschaft Asten. Bild: EUREGIO



Buchtipp

Bachmann/Baumgartner/Feik/Fuchs/Giese/Jahnel/Lienbacher (Hrsg.)

Besonderes Verwaltungsrecht

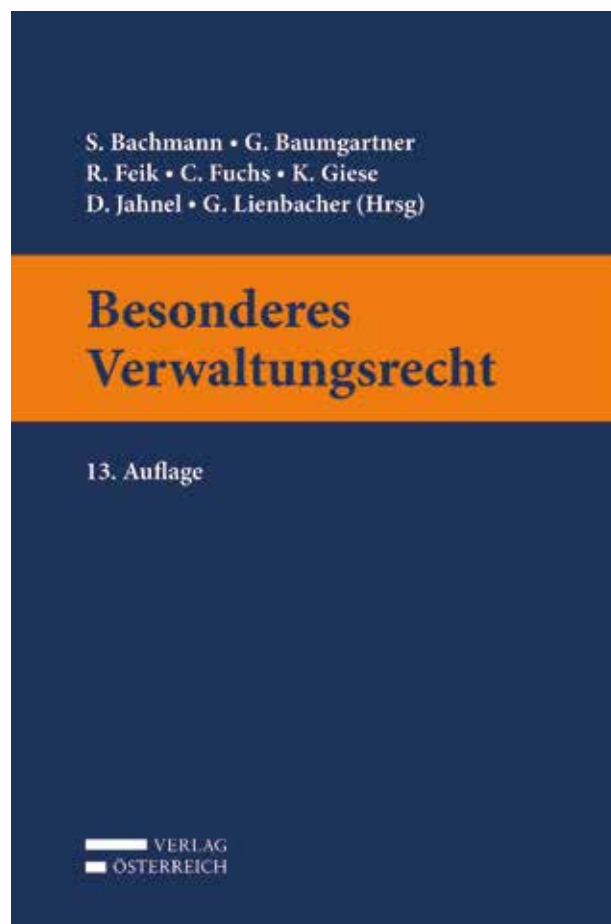


Bild: VERLAG ÖSTERREICH

Lehrbuch für Fortgeschrittene

Beschreibung:

Der perfekte Einstieg in die wesentlichen Bereiche des Verwaltungsrechts

Die 13. Auflage dieses bewährten Lehrbuchs erschließt den Leser/innen den Zugang zu den zentralen Rechtsgebieten des Besonderen Verwaltungsrechts. Enthalten sind: Datenschutzrecht, Sicherheitspolizeirecht, Vereinsrecht, Versammlungsrecht, Fremdenrecht, Staatsbürgerschaftsrecht, Umweltverträglichkeitsprüfung, Gewerberecht, Wasserrecht, Forstrecht, Straßenpolizei- und Kraftfahrrecht, Regulierungsrecht, Vergaberecht, Raumordnungsrecht, Baurecht, Grundverkehrsrecht, Naturschutzrecht und Veranstaltungsrecht.

Alle Beiträge sind einheitlich aufgebaut, leicht lesbar und übersichtlich gegliedert. Die einzelnen Rechtsgebiete, deren Funktionsweisen sowie die charakteristischen Problemfelder werden ausführlich erörtert. Zudem finden sich zu jedem Rechtsgebiet neben den aktuellen Rechtsquellen auch die maßgebliche Literatur und Judikatur. Ein umfangreiches Glossar erläutert die im Buch verwendeten Fachbegriffe des Öffentlichen Rechts und erspart das Nachschlagen in anderen Werken.

Die fachlich fundierte und systematische Aufbereitung sowie die Dokumentation der Rechtsquellen, ausgewählter Judikatur und Literatur bieten nicht nur Studierenden, sondern vor allem auch Praktikern und sonst Interessierten einen optimalen Zugriff auf die wesentlichen verwaltungsrechtlichen Fragen. Für Studierende ist das Buch eine perfekte Lernunterlage zur Prüfungsvorbereitung.

Info Box

Lehrbuch für Fortgeschrittene

13. Auflage

738 Seiten, broschiert

ISBN 978-3-7046-8583-4 (Print)

Erscheinungsdatum 5. Oktober 2020



Salzburger
Gemeindeverband





GRÜNES LADEN HAT EIN ZUHAUSE

salzburg-ag.at/e-laden